

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 30.9.2009

Der MIT-Bundesvorstand hat einstimmig beschlossen, nachstehenden Antrag als Antrag des MIT-Bundesvorstands auf der MIT-Bundesdelegiertenversammlung vom 6. bis 7. November 2009 einzubringen.

Mittelstand für Kernenergie

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) fordert die Bundesregierung auf:

- 1. die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke umgehend zu verlängern;**
- 2. sich die Option auf den Bau neuer Kernkraftwerke auf jeden Fall offen zu halten;**
- 3. das Moratorium der Rot/Grünen Regierung aus dem Jahr 2000, mit dem die Erforschung der Endlagerung gestoppt wurde, sofort aufzuheben;**
- 4. im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit an der Weiterentwicklung der sogenannten Generation IV von Kernkraftwerken – auch in Deutschland – aktiv mitzuwirken und**
- 5. durch eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne die Akzeptanz für die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bevölkerung zu erhöhen und unbegründete Ängste abzubauen.**

Begründung:

1. Der von Rot/Grün beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie muss sofort rückgängig gemacht werden. Wir sind auf die Kernenergie auf unabsehbare Zeit weiter angewiesen. Selbst wenn wir es schaffen, den Energiebedarf durch erneuerbare Energien zu 20% zu decken, müssen 80% von Kernenergie und fossilen Energieträgern gedeckt werden. Ohne Kernenergie ist das nicht zu schaffen. Es macht keinen Sinn, unsere sicheren Kernkraftwerke stillzulegen und stattdessen Kernenergie aus dem Ausland zu importieren.

Die deutschen Kernkraftwerke zählen zu den weltweit sichersten Anlagen. Die kürzlich vom Bundesumweltministerium veröffentlichte Statistik zu den so genannten „Meldepflichtigen Ereignissen“ für 2007 bestätigt das international anerkannt hohe Sicherheitsniveau deutscher Kernkraftwerke. So wurden im Jahre 2007 lediglich 2 Ereignisse in Stufe 1 (betriebliche Störung, keine radiologische Bedeutung) auf der international üblichen Bewertungsskala von Stufe 0 – Stufe 7 und alle anderen Ereignisse in Stufe 0 (keine oder sehr geringe sicherheitstechnische bzw. radiologische Bedeutung) eingestuft.

In einem am 24. Oktober 2007 verabschiedeten Entschluss bekräftigt das Europäische Parlament „dass die Kernenergie für die Gewährleistung der Grundlast mittelfristig in Europa

unverzichtbar ist“ und „dass Kernenergie die derzeit größte CO₂-arme Energiequelle in Europa ist.

Eine Energiepolitik, die auf Versorgungssicherheit und Klimaschutz setzt, darf auch in Zukunft nicht auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland verzichten. Daher fordern wir, die **Laufzeit sicherer Kernkraftwerke umgehend zu verlängern.**

2. Wir dürfen nicht generell sagen, dass wir keine neuen Kernkraftwerke bauen wollen. Wenn wir die Sicherheit von Kernkraftwerken gewährleisten können und die Endlagerung radioaktiver Abfälle endgültig gelöst ist, dann steht der Nutzung der Kernenergie nichts mehr im Wege. Wenn wir uns vom Bau neuer Kernkraftwerke verabschieden, dann verabschieden wir uns damit auch gleichzeitig aus der Erforschung neuer Technologien. Deutschland muss wieder an die Spitze der Erforschung zur Nutzung friedlicher Kernenergie kommen.

Sachliche Betrachtungen zeigen, dass bei einem dauerhaften, weltweiten Einsatz der Kernenergie die allein derzeit bekannten Uranvorkommen für mindestens 200 Jahre reichen. Die Uranreserven liegen zudem überwiegend in politisch stabilen Regionen. Urananreicherung und Brennelementfertigung sind inländische Wertschöpfungsstufen, die maßgeblich zur Stärkung des Technologiestandortes Deutschland beitragen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist die sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen in Deutschland technisch sicher realisierbar.

Eine Energiepolitik, die auf Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit setzt, muss auch die Weiterentwicklung der Kernenergie verfolgen. Daher fordern wir, die **Option auf den Bau moderner Kernkraftwerke auf jeden Fall offen zu halten.**

3. Das von Rot/Grün im Jahr 2000 beschlossene Moratorium, in Gorleben nicht weiter an der sicheren Endlagerung von radioaktiven Abfällen zu forschen, muss sofort aufgehoben werden. Es läuft ohnehin im Jahr 2010 aus. Unter gar keinen Umständen darf dieses Moratorium verlängert werden. Es war ein schwerer Fehler, im Jahr 2000 die wissenschaftliche Erforschung der letzten noch offenen Fragen zur Endlagerung einfach einzustellen. Bis heute sprechen keinerlei Erkenntnisse dagegen, dass Gorleben als sicherer Endlagerungsort in Frage kommt. Dies wird auch nach abschließender Erforschung der wenigen noch offenen Fragen der Fall sein. Die Kernkraftgegner wollen nur deswegen die restlichen Fragen der Endlagerung nicht abschließend beantworten, weil sie dies als Gegenargument gegen die Kernenergie erhalten wollen.

Der Salzstock Gorleben wurde als mögliches Endlager für hoch radioaktive, Wärme entwickelnde Abfälle (HAW-Abfälle) seit über 20 Jahren über- und untertägig erkundet. Es haben sich keine Argumente gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlager ergeben.

Die laufenden Kosten von ca. 20 Mio. €/a für den Erhalt des derzeitigen Erkundungszustandes ohne wirtschaftliche Nutzung oder Weiterentwicklung sind nicht zu verantworten. Eine Energiepolitik, die auf Wirtschaftlichkeit setzt, muss die unverzügliche Fortführung der Erkundung des Salzstocks Gorleben herbeiführen. Wir fordern deshalb, **das Moratorium aus dem Jahre 2000 sofort aufzuheben.**

4. Auf europäischer Ebene arbeitet die Bundesrepublik Deutschland bereits in allen entscheidenden Gremien mit, die an der Erforschung der sogenannten Generation IV beteiligt sind. Es ist absolut widersinnig, dass Deutschland auf nationaler Ebene nicht ebenfalls alle Anstrengungen unternimmt, um Atomkraftwerke der IV. Generation nach vorne zu bringen. Forschungsvorhaben, die der IV. Generation dienen, sind unbedingt zu unterstützen.

Im Blick auf einen Aufbruch zur Entwicklung von kerntechnischen Systemen mit erhöhter Wirtschaftlichkeit und verstärkter Sicherheit kommt der in den USA in Gang gesetzten Unternehmung „Generation IV International Forum – Nuclear Energy Systems“ (GIF) eine international wirksame Schrittmacherfunktion zu. Dort sind neben den USA neun Länder beteiligt, sowie die Europäische Kommission, die OECD und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO). Deutschland soll, so wie die EU-Mitglieder Frankreich und UK, ebenfalls eigenständiges Mitglied im Generation IV International Forum werden.

Eine Energiepolitik, die neben der Wirtschaftlichkeit auf maximale Sicherheit setzt, sollte den innovativen Aufbruch durch Weiterentwicklung der so genannten Generation IV unterstützen. Wir fordern deshalb auch für Deutschland die **aktive Mitwirkung bei den Forschungsvorhaben zur Generation IV.**

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine sachliche Informationskampagne zur friedlichen Nutzung der Kernenergie als ein Teil einer umfassenden Energieversorgung durchzuführen. Grundsatz müssen sachliche Aufklärung und Information der Bevölkerung sein.

Demagogische Angstmacherei muss als solche entlarvt werden. Politik, die nach dem Motto handelt, man muss den Menschen nur genügend Angst machen, damit ihnen am Ende jede Lösung recht ist, ist verwerflich.